

ÖDP betont Wichtigkeit der Anstrengungen für Klimaschutz, Mobilitätswende, Inklusion und Bildung

Haushaltsrede von Jan Gehrke in der Stadtratssitzung (Etat) am 17.11.2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher, Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Empore!

Wir haben heute schon mehrfach von der besonderen Situation gehört, in der wir uns in diesem Jahr befinden, und die noch herausfordernder ist als die in den vergangenen Jahren schon. Es wurde mehrfach der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine angesprochen, der jetzt fast neun Monate dauert. Natürlich stellt uns das alle vor große Herausforderungen und starke Belastungen. Ohne kleinreden zu wollen, was wir hier bewältigen müssen und was vielen Menschen in unserem Land und in unserer Stadt sehr viele Sorgen macht, möchte ich aber doch darauf hinweisen, dass die Menschen, die dort betroffen sind, natürlich noch vor ganz anderen, wirklich lebensbedrohlichen Herausforderungen stehen.

Und ich möchte in dem Zusammenhang einfach ganz herzlich all jenen danken, die sich in unserer Stadt gerade im Moment einsetzen: In der Hilfe für Menschen, die aus der Ukraine hierhergekommen sind, aber auch aus anderen Ländern schon seit Jahren hier ankommen und aufgenommen werden und integriert und betreut werden. Aber auch denen, die als Mitarbeitende des Partnerschaftsvereins Charkiw-Nürnberg im Moment in unglaublicher Weise Unterstützung leisten. Und dazu auch allen, die sich aus der Bürgerschaft in unwahrscheinlicher Weise finanziell beteiligen und diese Arbeit unterstützen.

Wir sehen daran, meine Damen und Herren, dass wir einfach diese Solidarität, diesen Zusammenhalt in der Gesellschaft, in unserer Stadtgesellschaft, ganz dringend brauchen. Und gerade in Zeiten, wo der städtische Haushalt besonders unter Druck steht, ist es wichtig, dass diejenigen, die besonders leistungsfähig sind, auch in besonderem Maße beitragen und ihre Unterstützung geben. Das ist mein Appell an alle, die jetzt die Berichte zu diesen Haushaltsberatungen wahrnehmen oder heute persönlich dabei sind: Wer immer kann, möge doch in diesen Zeiten einen großen Beitrag dazu leisten, dass das, was die Stadt nicht alleine leisten kann, aufgefangen wird, und wir uns gegenseitig in Solidarität in dieser Stadt unterstützen.

Dank an die Kämmerei

Ich möchte mich im Namen der Ökologisch-Demokratischen Partei hier im Nürnberger Stadtrat auch dem Dank der anderen, die vor mir gesprochen haben, an die Kämmerei anschließen. Auch in diesem Jahr war das wieder harte Arbeit und monatelange wirklich kräftezehrende Tätigkeit. Das gilt natürlich für den Kämmerer Harry Riedel, das gilt aber auch für alle anderen, die in der Kämmerei Großartiges leisten, indem sie die Daten unheimlich konzentriert und zuverlässig einpflegen, indem sie die Unterlagen zur Verfügung stellen, indem sie Rückfragen beantworten, recherchieren und uns dann entsprechend Antwort geben und die Daten zur Verfügung stellen, die wir brauchen. Und uns auch zum persönlichen Gespräch in der Vorbereitung zur Verfügung stehen. Ganz herzlichen Dank an alle, die da jetzt wieder im Vorfeld mitgewirkt haben.

Meine weiteren Ausführungen zum Haushalt 2023 möchte ich unter vier Stichpunkte stellen, die die Arbeit der ÖDP schon seit 40 Jahren - denn 40 Jahre gibt es uns schon! - besonders prägen und quasi Teil der DNA unserer Partei sind. Das ist einmal das Stichwort **Klimaschutz und Klimaanpassung**, dann das Thema **Mobilitätswende** oder Verkehrswende – wie man es auch gerne ausdrücken mag – dann das Stichwort **Bildung** und das Stichwort **Inklusion**. Ich denke, es wird deutlich werden, dass diese vier Bereiche tatsächlich alle auch etwas miteinander zu tun haben. Natürlich ist im Stadthaushalt sehr vieles miteinander verknüpft, aber diese vier Bereiche, die uns - meiner Kollegin hier im Stadtrat und mir - besonders wichtig sind, sind auch sehr stark miteinander verknüpft.

Wir haben einige Anträge zum Mittelfristigen Investitionsplan und auch zum Stellenhaushalt gestellt, auf die ich dann im Zusammenhang eingehen werde. Was wir nicht gemacht haben: Wir haben uns bei den Zuschussanträgen – wie auch in den letzten Jahren – ganz zurückgehalten, weil wir der Meinung sind, dass das grundsätzlich vernünftig vorbereitet wird, nachvollziehbar ist und wir das deshalb auch grundsätzlich mittragen können. Und da gibt es ein Kämmereipaket, in dem dann – wie wir gehört haben – auch Wünsche der drei größeren Fraktionen mitvorkommen, die das mit dem Kämmerer teilweise ausgehandelt haben. Wir haben den Wunsch, dass so etwas dann auch transparent gemacht wird. Und wir wären auch gerne eingebunden worden, um bei einzelnen Zuschüssen mitzuberaten, „wo noch etwas geht“, wie wir vorhin als Stichwort gehört haben.

Generell zeigt dieses Kämmereipaket mit großen Millionenbeträgen, die noch dazugekommen sind oder noch als Entlastungen vorgesehen wurden, dass Anträgen, wie wir sie stellen, nicht bloß deshalb nicht zugestimmt werden kann, weil dadurch der Haushaltsbeschluss nicht mehr genehmigungsfähig wäre. Sondern da sind offensichtlich durchaus

Spielräume drin, wenn es auch in diesem Jahr natürlich sehr schwierig ist, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Und wir wünschen uns hoffentlich alle, dass das auch gelingt.

Mittelfristiger Investitionsplan (MIP)

Ich komme zum Mittelfristigen Investitionsplan: Da haben wir einige wenige Anträge gestellt. Der erste Antrag betrifft den Ausbau des Frankenschnellwegs. Und hier brauche ich nicht viele Worte zu finden, denn es ist seit vielen Jahren bekannt, dass wir diesen Ausbau grundsätzlich weiterhin ablehnen. Je länger er sich verzögert, desto schlimmer werden die Konsequenzen. Die langjährige Baustellenzeit ist ein Grauen, das wir niemandem zumuten wollen. Und wir bitten sehr, dass alternative Konzepte für die Nutzung dieses Stadtgebietes und dieses Geländes konsequent geprüft oder auch von der Verwaltung entwickelt werden. Es gab einen gemeinsamen Antrag, den wir zusammen mit den Grünen gestellt haben und der dann abgelehnt wurde, den möchte ich nochmal in Erinnerung rufen. Es ist noch möglich, hier ein alternatives Raumkonzept zu entwickeln. Davon sind wir fest überzeugt!

Zweiter Punkt: Wir beantragen einen höheren Betrag für die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Das haben wir in den Vorjahren auch so gemacht und haben daran festgehalten, nämlich 150.000 Euro mehr pro Jahr. Und das hängt ganz eng zusammen mit der kostenmäßigen Verbilligung des öffentlichen Personennahverkehrs. Denn wenn wir – wie wir gehört haben – mehr Menschen in unserer Stadt haben, die das vergünstigte Sozialticket für 15 Euro nutzen dürfen, und wenn wir ein 49-Euro-Ticket bekommen, das ja den großen Reiz hat, dass es nicht nur für Nürnbergerinnen und Nürnberger, sondern auch für Pendlerinnen und Pendler in diese Stadt hinein und aus dieser Stadt heraus eine sehr günstige Alternative ist, dann haben wir doch alle hoffentlich gelernt, dass das erfordert, den öffentlichen Nahverkehr weiter auszubauen, so dass die Attraktivität steigt. Damit die Leute nicht nur weniger zahlen müssen und irgendwann abwinken und sagen: „Nee, sorry, aber das ist auch bei diesem Preis nichts für mich“, sondern sie tatsächlich dann ein Angebot, eine Taktung und eine allgemeine Attraktivität vorfinden, die auch wirklich höhere Fahrgastzahlen in größerem Maße verkraftet.

Dritter Punkt, auch ein Dauerbrenner: Der Bau öffentlicher Radwege, meine Damen und Herren. Hier war es so, dass zu den Haushaltsberatungen vor der Kommunalwahl 2020 von der Rathaus-Kooperation zehn Millionen Euro pro Jahr für den Bau öffentlicher Radwege versprochen wurden. Das war ein Wahlkampfversprechen, und das war zur Mitte der Legislaturperiode vorgesehen. Die naht nächstes Jahr. Und jetzt ist im MIP in den folgenden Jahren reduziert worden. Wir haben übrigens nie zehn Millionen gefordert, weil zehn Millionen einfach eine populistische Zahl ist, sondern wir haben uns immer tatsächlich an den Maßgaben des „Nationalen Radverkehrsplanes“ orientiert und lagen immer irgendwo zwischen 8,5 und 9,5 Millionen Euro im Jahr.

Wir fordern ganz konsequent den Betrag von 9,65 Millionen Euro pro Jahr bereits ab 2023, der dann von Ihnen für die Jahre 2025 und 2026 im Mittelfristigen Investitionsplan vorgesehen ist. Wir freuen uns, dass die Grünen und die Guten diesen Antrag unterstützen und bei dieser Höhe für den Bau öffentlicher Radwege mit dabei sind. (Anmerkung: Der Grünen-Fraktionsvorsitzende zog die Unterstützung in der Sitzung zurück und bezeichnete die Zustimmung per Software-Klick als technischen Fehler.) Ich möchte aber auch nicht verhehlen, dass sich beim Bau öffentlicher Radwege schon viel getan hat und dass wir da auf einem guten Weg sind. Das ist überhaupt keine Frage. Trotzdem sind wir der Meinung, dass wir im Sinne des Mobilitätsbeschlusses und im Sinne der Klimaanpassung, dringend mit großen Schritten vorangehen müssen – deshalb diese Forderung für den Mittelfristigen Investitionsplan.

Ein Thema, das uns auch sehr wichtig ist, wozu wir keinen eigenen Antrag haben, aber grundsätzlich unterstützen, was die Stadt Nürnberg tut: das ist das Thema Bildung. Bildungseinrichtungen allgemein haben wir ganz viele im Haushalt drin, und das unterstützen wir wie gesagt vollständig. Wir wünschen uns auch – wie ein Redner heute schon gesagt hat – eine nachhaltige Bauplanung, eine nachhaltige Bauweise; Gebäude, die wirklich sehr langfristig genutzt werden können, und die man dann vielleicht zu gegebener Zeit, statt sie abzureißen, einfach umbauen und umgestalten kann – nach den Erfordernissen, die noch kommen.

Schön wäre, wenn diese Neubauten, zum Beispiel Schulbauten, die Flexibilität hätten, auch auf vielleicht zukünftig dort umzusetzende inklusive Bildungskonzepte angepasst zu werden – ohne dass man dann gleich wieder ganz neu zu planen anfangen muss. Und natürlich hoffen wir, dass auch weiterhin Freiflächen zur Verfügung stehen für das Betätigen beispielsweise in Schulgärten, wo wertvolles Wissen und wertvolle Kompetenzen über das Klassenzimmer hinaus erworben werden.

Klimaschutz und Klimaanpassung wurde heute schon mehrfach angesprochen. Das Schwammstadt-Konzept halten wir für sehr wichtig. Deshalb halten wir auch am Umbau und den Umbauplänen zum Obstmarkt fest, wo ja genau das jetzt auch vorgesehen ist. Und wir unterstützen bekanntlich das Bürgerbegehren „Klimaentscheid Nürnberg“ und hoffen, dass da tatsächlich in den Verhandlungen und Gesprächen, die demnächst mit den Stadtratsparteien und mit der Verwaltung

stattfinden werden, hoffentlich eine vernünftige Regelung gefunden wird, wie man hier tatsächlich schneller vorankommt als mit dem Zieljahr 2035, das heute für eine klimaneutrale Stadtverwaltung schon genannt wurde. Wir meinen, dass wir schneller vorankommen müssen.

Ein weiterer Punkt, der damit zusammenhängt, ist die „Urbane Gartenschau“. Wir als ÖDP-Stadtratsgruppe halten an unserer Zustimmung zur „Urbanen Landesgartenschau“ fest. Wir sind der Meinung, wenn es gut gemacht wird, und dazu haben wir uns schon mit etlichen Vorschlägen eingebracht, dann ist es ein Konzept, das sowohl förderlich ist für den Umbau der Stadtgesellschaft, für die Schaffung resilienter Grünflächen, aber auch für die Förderung von Inklusion in den Bereichen, wo diese „Urbane Landesgartenschau“ stattfinden soll. Denn es ist ja vorgesehen, dass Barrierefreiheit in bestimmten Bereichen umgesetzt wird, wo sie im Moment noch überhaupt nicht der Fall ist. Wir glauben, dass es eine Chance ist, bis zum Jahr 2030 als Zielpunkt hier tatsächlich voranzukommen und auch Maßnahmen umzusetzen, die sowieso drin gewesen wären – natürlich ergänzt um einzelne Flächen, die jetzt bei dieser „Urbanen Landesgartenschau“ gezielt mit dazu kommen.

Deshalb nochmal ganz klar: Wir stimmen den Plänen für die „Urbane Landesgartenschau“ weiterhin zu und werden uns aktiv und konstruktiv in den Planungsprozess einbringen, in der Erwartung, dass auch eine Mehrheit dieses Rates dieses Projekt weiter unterstützen wird. Dass man darüber diskutiert, ist völlig in Ordnung. Dass man darüber diskutiert, dass andere Städte ihre Zusage zurückgezogen haben, ist auch in Ordnung. Allerdings sind wir der Meinung, dass jede Stadt individuell zu betrachten ist. Es gibt nicht die Situation, wo man sagt: „Ja, wir halten daran fest“ oder die Situation: „Nein, wir halten nicht daran fest“. Wir sind der Meinung, die Stadt Nürnberg sollte an dieser Bewerbung und an dem Zuschlag festhalten.

Personalhaushalt

Damit kommen wir zum Thema Personal. Hier haben wir folgende Situation: Für Stellen, die wir aus unserer Sicht dringend bräuchten, haben wir, anders als in der Begutachtung vorgesehen, die Stellenschaffung gefordert. Diese Stellenschaffungsanträge wurden ja im Personal- und Organisationsausschuss im Oktober vertagt. Deshalb kommen sie jetzt nochmal. Und wir halten auch daran fest. Da geht es zum Beispiel um die „Strategische räumliche Planung und Flächennutzungsplan“ oder auch um die „Stadtökologie“ und den „Biotopverbund“. Wir sind der Meinung, dass wir hierauf nicht verzichten können, weil hier Maßnahmen zu bearbeiten sind, die nicht verschoben oder eingestellt werden können.

Wir sind generell der Meinung, dass Klimaschutz dringend eine kommunale Pflichtaufgabe werden muss. Das ist etwas, das ich uns allen auch im nächsten Landtagswahlkampf, der ja vor der Tür steht, zu thematisieren rate. Es macht uns fassungslos, wenn wir hören, dass es in der Spitze der Landespolitik in Bayern jemanden gibt, der meint, Klimaschutz müsse keine kommunale Pflichtaufgabe werden. Doch, muss es, damit wir unabhängiger in unserem Gestaltungsfreiraum werden. Wir sind diejenigen, die sich in der Stadt auskennen. Wir sind diejenigen, die die Maßnahmen planen, die hier umgesetzt werden. Dazu brauchen wir mehr Freiraum, dazu brauchen wir die kommunale Pflichtaufgabe Klimaschutz und dazu brauchen wir dann natürlich auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung für die Maßnahmen, die wir vornehmen.

Zum Mobilitätsbeschluss: Da gibt es ja eine ganze Menge Stellenschaffungen, die vorgesehen sind. Das ist sehr schön. Und sehr positiv ist, dass das auf einer Seite zusammengefasst aufgeführt ist. Unsere Hoffnung ist, dass diese Stellen alle in absehbarer Zeit entsprechend kompetent besetzt werden können. Und unsere Hoffnung ist, dass die Stellenschaffungen ausreichen, um das umzusetzen, was vor allem erstmal im nächsten Jahr, mit den dann nach und nach besetzte Stellen, und auch in den Folgejahren umzusetzen ist. Und natürlich werden wir gegebenenfalls fordern, dass noch nachgebessert wird. Aber zunächst ist es in diesem Jahr durchaus sehr ordentlich, was da geschaffen wird, und findet deshalb unsere Zustimmung.

Ich komme zu den Entfristungen beziehungsweise zur Fortführung befristeter Stellen. Auch da möchte ich kurz etwas sagen: Denn da wurde auch sehr sorgfältig gearbeitet. Wir haben große Zustimmung zu diesen Entfristungen und Fortführungen befristeter Stellen. Ich nenne nur zum Beispiel die Weiterführung der Stelle im „Präventionsnetzwerk gegen religiös begründete Radikalisierung“, die Weiterführung der Stelle im Projekt „BLEIB“ mit Berufsintegrationsklassen, „ZAQ“ und „ZAM“; die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg als eine ganz ganz wichtige Arbeit in unserer aktuellen Stadtsituation; außerdem Leichte Sprache in der Stadtverwaltung, die Weiterplanung der Stadt-Umland-Bahn auf städtischem Gebiet oder auch das Pflegepraxiszentrum und den sehr erfolgreichen SÖR-Mängelmelder. Das sind alles Sachen, bei denen wir sagen: Danke, dass der Entschluss gefasst wurde, diese Stellen weiterzuführen. Deshalb werden wir auch diesem Konzept zustimmen.

Damit kommen wir zu den Personalkosten-Einsparungen: Ich bin selber Mitglied im Personal- und Organisationsausschuss. Das ist ein harter Einschnitt, aber er ist wichtig. Ich glaube, dass der Weg, den die Verwaltung

hier einschlagen möchte, ein guter ist, einer, den wir unterstützen. Es ist vernünftig, die Einsparungsmaßnahmen von der Wirksamkeit her zu strecken: zunächst eine begrenzte Wiederbesetzungssperre und dann die dauerhafte Einsparung, wo jeder Geschäftsbereich individuell aufgefordert ist, dienststellenübergreifend zu überlegen, welche Stellen tatsächlich verzichtbar sind.

Und es ist auch so, dass durch verschiedene veränderte Situationen zum Beispiel im Bereich IT und Digitalisierung sicherlich neue Stellen besetzt werden müssen, aber bestimmt auch die Möglichkeit besteht, Potenziale einzusparen. Diese Arbeit darf nicht abreißen und muss jetzt in dieser Situation richtig losgehen. Und natürlich wünschen wir allen Geschäftsbereichsverantwortlichen, dass sie dienststellenübergreifend gute Möglichkeiten finden das umzusetzen.

Und wir möchten darauf hinweisen, dass wir es sehr wichtig finden, die nächsten Jahre noch stärker als bisher dazu zu nutzen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in einem bestimmten Bereich eine Aufgabe erfüllen, die in der Zukunft nicht mehr in dem Maße benötigt wird, frühzeitig dahin zu entwickeln, dahin zu qualifizieren, dass sie in einem anderen Bereich – vielleicht auch mit anderen Anforderungen – eingesetzt werden können, wo sie benötigt werden. Damit hier keine Neueinstellungen erfolgen müssen, sondern damit Beschäftigte, die schon da sind, gehalten werden und weiter eingesetzt werden können. Das ist uns ganz wichtig.

Wir hoffen auch, dass es eine noch stärkere Durchlässigkeit gibt, was das Anforderungsprofil angeht, wenn man einfach Zutrauen hat, dass Menschen, die hier in der Stadtverwaltung arbeiten, sich auch in neue Themengebiete gut einarbeiten können. Das ist bei der Dienststellenleitung ja schon lange der Fall. Da übernehmen Leute tatsächlich für ganz neue Gebiete Verantwortung und arbeiten sich da ein. Das geht mit Sicherheit auch auf unteren Ebenen.

Bürgerschaftliches Engagement

Ich möchte noch zwei Beispiele zum Abschluss bringen, meine Damen und Herren, an denen wir sehen können, wie bürgerschaftliches Engagement in diesen schwierigen Zeiten aussehen kann. Da ist zum Beispiel im Stadtteil St. Leonhard/Schweinau, wo es viel Beratungsbedarf in der Bürgerschaft gibt, ein Stadttreff in Planung, wo ab Ende November Einrichtungen aus dem Stadtteil präsent sein, dort mit den Bürgerinnen und Bürgern sprechen und sie zu Beratungsangeboten vermitteln werden, die zur Verfügung stehen, weil die Kompetenz einfach in den Stadteleinrichtungen da ist.

Das kostet die Stadt erstmal kein zusätzliches Geld. Das ist das Engagement von denjenigen, die sich eh schon in diesem Stadtteil engagieren. Und so etwas möchte ich gerne anregen, dass alle, die sich gerne engagieren möchten, überlegen: Wo kann ich beitragen, dass Beratungsangebote nicht immer direkt von der Stadt geleistet werden müssen? Manchmal sind städtische Einrichtungen beteiligt, aber wo ist es einfach ohne großen Zusatzaufwand möglich, zu vernetzen, Angebote zu verbreiten und dadurch zu unterstützen?

Das Zweite: Vorgestern waren einige, die heute mit im Saal sind, dabei, als das zweite Vorbereitungstreffen stattfand für die Umsetzung des „Host Town Programs“ zu den Weltspielen der Menschen mit geistiger Behinderung oder Mehrfachbehinderungen im kommenden Jahr in Berlin, den „Special Olympics World Games“. Ich denke, alle die schon mal dabei waren und wiederkamen, haben gedacht: „Ja, da werden schon ein paar Leute kommen.“ Aber der Schöne Saal des Rathauses war proppevoll. Es waren unglaublich viele Personen da, die bereit sind, ihr eigenes Engagement, ihre eigene Kompetenz, ihre Netzwerke einzusetzen, um diese inklusionsfördernde Maßnahme auch in unserer Stadt im nächsten Jahr umzusetzen.

Es gibt dafür zwar ein Budget, aber unbezahlbar ist tatsächlich das Engagement der Leute aus verschiedenen Einrichtungen. Das war wirklich übergreifend, da waren Sport, Kultur, Behinderteneinrichtungen, Verwaltung und politische Parteien vertreten. Und das macht mir Mut, dass wir tatsächlich auch im Hinblick auf Inklusion einen Anstoß gefunden haben, wo ganz viele bereit sind, ein konkretes Projekt umzusetzen.

Und auch das zeigt mir, dass einfach der Zusammenhalt, die Solidarität, das gemeinsame Engagement etwas ist, das unsere Stadt voranbringt, auch in schwierigen Zeiten. Ich freue mich auf diese Zeit nächstes Jahr. Ich hoffe, dass viele noch mit einsteigen und auch ihre Netzwerke nutzen, um eine große, erfolgreiche Veranstaltung daraus zu machen.

In diesem Sinne lassen Sie uns vor allem für schnelleren Klimaschutz, schnellere Klimaanpassung, für eine konsequente Mobilitätswende, für eine Umsetzung von Inklusion ohne Einsparung von Personal und für eine gute und umfangreiche Bildung in unserer Stadt arbeiten! Denn das ist eine sehr wesentliche Grundlage, damit wir in dieser demokratischen Grundordnung gut und konstruktiv miteinander umgehen.